

## Keine Brücke für die Privatisierung

# Grüsse aus Genua

«Die Katastrophe von Genua», titeln die Zeitungen, wenn sie über die Morandi-Brücke berichten, die zusammengebrochen ist und Menschen unter sich begraben hat. Die Katastrophe ist aber nicht nur eine menschliche, sondern auch eine politische.

Einmal mehr schockieren Bilder aus Italien. Bisher waren es die Zerstörung ganzer Dörfer durch Erdbeben oder die Gewalt gegen Menschen, die vor den Verhältnissen in ihrem Land geflüchtet sind, die schockierten. Jetzt war es ein Brückeneinsturz mitten in einer Grossstadt.

Die Katastrophe ist aber keine Spezialität der italienischen Küche, sondern Ausdruck einer Politik in der Krise. Sofort schlugen die Populisten von links und rechts mit Schuldzuweisungen um sich, obwohl sie noch kurz vorher selber Sanierungsgelder verweigert hatten. Aber das ist halt Italien ... oder?

Eine politischere Bilanz zieht Elisabeth Schneider-Schneiter, CVP-Nationalrätin und Präsidentin der parlamentarischen Gruppe für mehr öffentlich-rechtliche Partnerschaften im Infrastrukturbereich, einer Privatisierungslobby also. Mehrfach hatte sie sich im Nationalrat für eine private Mitfinanzierung der zweiten Gotthard-Röhre stark gemacht. Jetzt hält sie fest, dass wegen der Katastrophe von Genua die Skepsis gegen privat mitfinanzierte

Infrastrukturprojekte noch weiter zunehmen wird. Hoffentlich auch!

Der Zusammenbruch der Morandi-Brücke ist nicht der schlechten Arbeit italienischer Bauarbeiter zuzuschreiben. In der Schweiz liefern ja die gleichen Arbeiter hohe Bauqualität. Es ist die Unlogik eines Systems rein betriebswirtschaftlicher Rechenerie und privater Betreiber, den Unterhalt möglichst billig und die Rendite möglichst hoch zu halten. Die Privatwirtschaft kann sich keinen Unterhalt und keine Sicherheit leisten, die nicht rentieren. Menschliches Leid und Opfer kosten in dieser Rechnung nichts.

Umso erschreckender ist, dass auch in der Schweiz bürgerliche PolitikerInnen in Privatisierungsgelüsten schwelgen und dass sich Pensionskassen ernsthaft überlegen, unsere Altersguthaben in solche Infrastrukturprojekte zu investieren. Hoffentlich wird die Morandi-Brücke von Genua zum Fanal für die helvetische Privatisierungslobby. Die Umfrage der Zeitung Nordwestschweiz weist auf die Frage, ob private Investoren öffentliche Infrastrukturprojekte finanzieren sollen, eine klare 87%-Nein-Mehrheit aus. Ob Gesundheit oder Bildung, ob Wasser oder Brücken – solche öffentlichen Güter sind zu wichtig, um sie den Kapitalinteressen von Privaten zu überlassen.

Roland Brunner

## Teilrevision Personalrecht: Kündigungsschutz und Abfindungen

# Übers Ziel hinausgeschossen

In seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien hat der Zürcher Stadtrat die Weisung zur Teilrevision des Personalrechts verabschiedet. Er schlägt dem Gemeinderat sieben Änderungen vor, die sich negativ auf den Kündigungsschutz auswirken.

Mitte Juni hat das Bundesgericht das Urteil des Zürcher Verwaltungsgerichts bestätigt, wonach eine Mitarbeiterin der VBZ nach einer missbräuchlichen Kündigung weiterbeschäftigt werden muss. Künftig soll eine Weiterbeschäftigung auch bei einer missbräuchlichen Kündigung explizit ausgeschlossen werden. Anstelle der Weiterbeschäftigung würde eine Abfindung ausgerichtet. Die Betroffenen könnten weitere finanzielle Leistungen für Bildungs- und Umschulungsmassnahmen oder für die persönliche Begleitung oder Beratung durch spezialisierte Fachleute usw. beantragen – in der Regel maximal Fr. 15 000.–.

Die wichtigsten Änderungen betreffen sieben Aspekte des Kündigungsschutzes: Die Kündigungsgründe wurden erweitert – neu sollen «schwerwiegende Mängel im ausserdienstlichen Verhalten oder im Verhalten vor Stellenantritt, die objektiv nachvollziehbar eine tief greifende Störung des Vertrauens bewirken» ein Kündigungsgrund sein – und umformuliert. Ausserdem sind die Gründe nicht mehr abschliessend aufgezählt. Die Neuregelung der Mahnung und Bewährungsfrist hat der Stadtrat gegenüber der Vernehmlassungsvorlage abgeschwächt – sie soll als Voraussetzung zur Auflösung des Anstellungsverhältnisses aufgrund Leistung oder Verhalten erhalten bleiben. Die Regelung zur Festsetzung von Abfindungen wurde verbessert und an die kantonale Regelung angeglichen – neu können Abfindungen bis zum Alter 64 geleistet werden, wobei HRZ die Festlegung der Leistungen koordiniert. Als letzte gewicht-

## Lohnumfrage 2018

# Jetzt mitmachen!

Der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) und die Vereinigten Personalverbände des Kantons Zürich (VPV) haben gemeinsam eine breit angelegte Personal-/Lohnumfrage lanciert. Sie soll Aufschluss über die Zufriedenheit der Angestellten zur Lohnentwicklung, zu Arbeitszeit, Ferien und anderen relevanten Themen geben.

Jedes Jahr das gleiche Trauerspiel: Der Kanton budgetiert ein Defizit und beschliesst Sparmassnahmen, Nullrunden bei der Lohnentwicklung, Stillstand bei der Ferienregelung ... Dann schliesst das Jahr aber – oh Wunder! – mit einem grossen Überschuss – und nichts geschieht. Das Personal geht wieder leer aus. Von 2010 bis 2016 hat der Kanton durch die Kürzung der Lohnerhöhungen («Rotationsgewinne») und durch die Auflösung von BVK-Rückstellungen rund 440 Millionen Franken auf Kosten des Personals gespart! Die Lohnumfrage, die der VPOD bereits letztes Jahr durchgeführt hat, wies beim kantonalen Personal denn auch eine grosse Unzufriedenheit aus: Zwei Drittel der Befragten haben angegeben, mit ihrer Lohnentwicklung eher oder sogar sehr unzufrieden zu sein. Mit der neuen Personal-Lohnumfrage werden

VPV und VPOD direkt rund 40 000 Beschäftigte im Kanton Zürich erreichen. Dies soll erlauben, die Zufriedenheit oder eben Unzufriedenheit über die Anstellungsbedingungen und deren Entwicklung seit 2010 zu analysieren. Der Kanton als grösster Arbeitgeber mit rund 40 000 Angestellten hat es in den letzten Jahren – aus naheliegenden Gründen – nicht für nötig erachtet, die Stimmung bei seinem Personal auszuloten. Umso wichtiger, dass auch dieses Jahr möglichst viele an der Umfrage teilnehmen. Nur so können wir dem Kantonsrat im Hinblick auf die Budgetdebatte klarmachen, dass endlich auch das Personal am guten Ergebnis des Kantons beteiligt werden muss – mit Lohnerhöhungen und einer echten zusätzlichen Ferienwoche.

Zur Umfrage auf Internet: [zuerich.vpod.ch](http://zuerich.vpod.ch)

Roland Brunner

*Hinweis: In einigen Ämtern des Kantons verhindern lokale Sicherheitseinstellungen den Zugang zur Umfrage. Zuhause am eigenen PC sollte es aber problemlos klappen. Wir laden dich auch herzlich ein, die Umfrage deinen ArbeitskollegInnen weiterzuleiten. Je grösser die Beteiligung, desto aussagekräftiger werden die Resultate. Die Umfrage läuft bis Sonntag, 30. September 2018. Nur bis dann ist eine Eingabe möglich. Anschliessend werden die Antworten ausgewertet und Ende Oktober präsentiert.*

## Ja zu fünfter Ferienwoche, Nein zum vorliegenden Vorschlag

# Einfach zu schäbig!

Der Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD sagt «Ja, endlich!» zur fünften Ferienwoche für das kantonale Personal, lehnt den vorliegenden Vorschlag des Regierungsrates in seiner Vernehmlassungsantwort aber klar ab.

Der VPOD begrüsst, dass der Regierungsrat endlich die Notwendigkeit einsieht, dem Personal des Kantons eine zusätzliche Ferienwoche zu gewähren. Der VPOD hat immer wieder festgehalten – und dies bestätigt der Regierungsrat nun explizit –, dass «der Vergleich mit grossen privatrechtlichen Arbeitgebern sowie Bund und Kantonen zeigt, dass die heutige Ferienregelung nicht mehr zeitgemäss ist». Dazu kommt, dass inzwischen auch viele Städte und Gemeinden im Kanton Zürich die Ferienregelung der Privatwirtschaft angepasst und eine zusätzliche Ferienwoche gewährt haben.

Der VPOD wehrt sich jedoch gegen die Absicht des Regierungsrates, wie diese neue Ferienregelung angegangen wird. Unter dem Begriff «kostenneutral» soll de facto der Ferienanspruch nicht ausgeweitet werden, sondern die geplante Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde bedeutet, dass die Angestellten diese Ferienwoche selber vorarbeiten und damit selber bezahlen müssten und dass sie insgesamt sogar leicht länger ar-

beiten als bisher. Für die Altersgruppen bis und mit 20 und über 60 Jahre würde die vorgeschlagene Regelung sogar Nachteile bringen. Zudem schliesst der Regierungsrat die Lehrpersonen von der fünften Ferienwoche aus.

Der VPOD lehnt die vorgeschlagene Änderung der Ferienregelung aus diesen Gründen ab und fordert, dass allen Angestellten (auch den U20- und den Ü60-Jährigen) eine zusätzliche Ferienwoche zu gewähren sei. Dies gilt gleichermaßen auch für die Lehrpersonen. Auf die «kostenneutrale» Umsetzung dieser Massnahme ist zu verzichten, d. h., sie ist ohne Erhöhung der Wochenarbeitszeit zu gewähren.

Falls der Regierungsrat bei der Einführung der zusätzlichen Ferienwoche auf die Verlängerung der Jahresarbeitszeit aus Kostengründen nicht verzichtet, schlägt der VPOD vor, verbindlich festzuschreiben, dass jährlich ein Ferientag mehr ohne Zeitkompensation gewährt wird, bis die zusätzliche Ferienwoche erreicht ist. Im Sinne einer Übergangslösung hin zur zusätzlichen Ferienwoche für alle wären also die bisherigen 2 Kompensationstage zu gewähren plus jedes Jahr ein Tag mehr ohne Zeitkompensation: 2019 3 Tage, 2020 4 Tage und 2021 dann die vollen 5 Tage = 1 Woche – ohne Erhöhung der Jahresarbeitszeit.

Roland Brunner

ge Neuerungen soll künftig die Anstellungsinstanz nur bei einer «unverschuldeten» Auflösung auch den Anteil der/des Mitarbeitenden für den Überbrückungszuschuss übernehmen können. Und bei der Lohnfortzahlung nach Entlassung

ab Alter 55 soll anderweitiges Erwerbseinkommen angerechnet werden. Die Weisung ist dem Gemeinderat überwiesen worden. Derzeit findet im VPOD (Vorstand und Gruppen) die Meinungsbildung statt.

Duri Beer

## Agenda

Samstag, 8. September 2018,

ab 16 Uhr

trQtzphase – fabe vernetzungstreffen  
OJA Kreis 6, Langmauerstrasse 7,  
8006 Zürich

Donnerstag, 13. September 2018

Tagesausflug nach Sasso di Gottardo  
mit dem Car (auf dem Gotthardpass)  
Detailinformationen und Anmeldung:  
VPOD-Pensionierte

Sonntag, 16. September 2018,

ab 10 Uhr

Lauf gegen Rassismus  
Auf der Bäckeranlage, 8004 Zürich

Donnerstag, 20. September 2018

Kulturwanderung Pax Mal  
Walenstadtberg  
mit Schifffahrt auf dem Walensee  
nach Quinten  
Detailinformationen und  
Anmeldung: VPOD-Pensionierte

Samstag, 22. September 2018

Nationale Demo «Für Lohngleichheit  
– gegen Diskriminierung» in Bern  
Extrazug (gratis)  
ab Winterthur 11.38 Uhr,  
ab Zürich 12.14 Uhr

Dienstag, 25. September 2018,

19 Uhr  
Engagiert im Sozialbereich  
Offene Vorstandssitzung  
VPOD, Birmensdorferstrasse 76,  
8003 Zürich

Donnerstag, 27. September 2018, 16.15 Uhr

Umkleiden ist Arbeitszeit!  
Offenes Treffen der Gruppe VPOD@USZ  
Personalrestaurant KUE G5,  
Schmelzbergstrasse 14, Zürich

Samstag, 29. September 2018,

9.30–17.00 Uhr  
Jung und aktiv – realisiere dein eigenes  
Projekt  
Weiterbildungsworkshop der VPOD Jugend  
VPOD, Birmensdorferstrasse 76,  
8003 Zürich

Freitag, 19. Oktober 2018, ab 17 Uhr

Zukunft mit Geschichte(n) – 100 Jahre  
VPOD Sektion Zürich Kanton  
Wirtschaft Theater am Neumarkt,  
Neumarkt 5, Zürich

Freitag/Samstag, 9./10. November 2018

VPOD Frauenkonferenz  
Solothurn



## Sozialplanverhandlungen abgeschlossen

Nachdem die AÖZ bereits zu Jahresbeginn die Schliessung zweier MNA-Aussenstellen\* angekündigt hatte, folgte im Juni 2018 die Mitteilung über die nächste Massenentlassung. Für die Betroffenen ein Schock, der sie aber nicht davon abgehalten hat, sich für einen guten Sozialplan einzusetzen.

Die Schliessung des MNA-Zentrums Zollikon und der Halle 9 per August 2018 betrifft 80 Mitarbeitende. Beide Standorte waren erst 2016 als Folge der stark gestiegenen Flüchtlingszahlen eröffnet worden. Die Begründung der Betriebsschliessungen mag nachvollziehbar klingen: «Aufgrund der stark rückläufigen Zuweisungen von Asylsuchenden ergibt sich ein signifikanter Rückgang des Auftragsvolumens.» Doch für den VPOD und die Betroffenen war nicht nachvollziehbar, weshalb dieser Entscheid so kurzfristig kam. Der Trend bezüglich der Zuweisungen war absehbar und seit der Eröffnung der Standorte war bekannt, dass die vormals minderjährigen BewohnerInnen nach einigen Jahren die Volljährigkeit erreichen würden. Des Weiteren kritisierten die Betroffenen an einer

Versammlung, dass sehr wenig Zeit für Stellensuche zur Verfügung stehe und sich diese in der Sommerferienzeit speziell schwierig gestaltete. Eine grosse Belastung stellte die Kurzfristigkeit für die Betroffenen auch aus fachlicher und menschlicher Perspektive dar, da die intensive und aufwendige Beziehungsarbeit ein abruptes Ende fand und darunter insbesondere die MNAs und äusserst verletzte Personen zu leiden hatten.

Die Sozialplanverhandlungen führte der VPOD zusammen mit einer Delegation von Mitarbeitenden beider Standorte. Ausser der Forderung nach einer Verlängerung der Kündigungsfrist für all jene, die per Ende August noch keine neue Stelle hatten, wurden alle Forderungen der Mitarbeitenden in den Sozialplan aufgenommen. Ende August haben die meisten eine Anschlusslösung gefunden. Dass dies teilweise eine befristete Anstellung bei der AÖZ ist, bleibt ein Thema, das die VPOD-Gruppe AÖZ an ihrem nächsten Treffen diskutieren wird.

Martina Flühmann

\*MNA: Unbegleitete Minderjährige (Mineurs non accompagnés)

Vorschläge werden umgesetzt

## BVK besser dank VPOD

Der VPOD hat im letzten Januar mehrere Änderungsvorschläge am Leistungskatalog der BVK eingereicht. Die BVK setzt alle der vorgeschlagenen Verbesserungen bereits ab 2019 um.

Endlich gibt es wieder eine positive Nachricht für die Versicherten der Vorsorgeeinrichtung BVK. Nach den massiven Kürzungen des Umwandlungssatzes im Jahr 2017 stehen die Änderungen des Vorsorgeelements der BVK ab 2019 im Zeichen von Leistungsverbesserungen. Nach dem Abbau der letzten Jahre sind die Anpassungen für viele Versicherte zwar nur ein schwacher Trost, sie sind jedoch ein positives Signal für die Zukunft. Neu wird unter anderem ein Bleiberecht für ältere Erwerbslose und die Wahlmöglichkeit zwischen einem höheren Umwandlungssatz oder höheren Hinterbliebenenleistungen eingeführt. Die Änderungen des Leistungskatalogs zeigen, dass sich die Sozialpartnerschaft lohnt. Im Januar 2018 hat die Geschäftsleitung der BVK die Verbände eingeladen, Verbesserungsvorschläge einzugeben. Die Forderungen des VPOD werden bereits ein Jahr nach der Eingabe weitgehend umgesetzt. Der VPOD ist erfreut über die Arbeit des neuen Stiftungsrates und erhofft sich für die Zukunft spürbare Leistungsverbesserungen. Insbesondere sollen bei nächster Gelegenheit die VerliererInnen der letzten Änderung profitieren. Dazu gehören die älteren Aktivversicherten, die in jungen Jahren zu wenig angespart haben und die jüngeren Pensionierten, die mit einem reduzierten Umwandlungssatz in die Pension sind. Die Änderungen im Detail finden sich auf der VPOD-Webseite: [bv-monitor.ch](http://bv-monitor.ch) Fabio Höhener

Abstimmung am 10. Februar 2019

## Breite Allianz gegen das Wassergesetz

Am 9. Juli hat der Kantonsrat das Wassergesetz (Wsg) verabschiedet (siehe letzte VPOD-Informationen). Es enthält die Möglichkeit zur (Teil-)Privatisierung der Trinkwasserversorgung und senkt die Standards im Gewässerschutz. Inzwischen ist klar, dass es am 10. Februar 2019 zur Abstimmung kommt.

GLP, EVP, BDP, Grüne, SP und AL haben bereits im Kantonsrat das Behördenreferendum gegen die Vorlage ergriffen. Die SP hat zusätzlich mit Unterstützung der Grünen ein Volksreferendum lanciert, das Mitte September eingereicht wird. Der VPOD ist aktiv beteiligt in einer breiten Geggenschaft, die auch Umweltschutzorganisationen wie den WWF, Pro Natura, Aqua viva oder den Interessenverein Seeuferweg umfasst.

Gemeinsames Interesse aller Beteiligten ist es, den Zugang zu Wasser – ob als Trinkwasser oder als Seeufer und im Biotop – zu sichern und zu schützen. Gewässer und Grundwasser sollen Allgemeingut und in öffentlicher Hand bleiben, wie es der uralten Tradition entspricht. Wie gefährlich die Privatisierung der Wasserversorgung ist, können wir im Ausland beobachten: Der Unterhalt wird vernachlässigt, die Tarife für Kleinbezüger steigen, die Wasserqualität leidet. Auch umweltpolitisch wäre das neue Wassergesetz ein Schritt rückwärts. Statt die Gewässer besser zu schützen, zielt die Mehrheit des Kantonsrats auf die «grösstmögliche Schonung des privaten Eigentums» (§ 17). So kann viel zu nahe ans Wasser gebaut und gefährliche Pestizide können weiterhin in Gewässernähe gespritzt werden. Und die dringliche Wiederherstellung von natürlichen

Gewässerläufen und -ufern wird ganz gezielt behindert: Revitalisierungen sollen weder Bau- noch Agrarland tangieren. Die Folgen: die Wasserqualität droht zu sinken und die Lebensvielfalt in unseren Gewässern wird fahrlässig gefährdet.

Es gibt 1000 Gründe gegen das neue Wassergesetz. In einem Argumentarium werden wir diese aufführen. Die Kampagne wird entsprechend auf die Vielzahl der Argumente setzen und der breiten Allianz der beteiligten Organisationen die Möglichkeit geben, mit ihren eigenen Argumenten dazu beizutragen, diese Vorlage zu bodigen.

Roland Brunner

## Ein Zeichen setzen: laufen oder sponsern!

Seit 1997 solidarisiert sich der Zürcher Lauf gegen Rassismus mit MigrantInnen, insbesondere mit Sans-Papiers und Geflüchteten.

Leider befinden sich Menschen mit unsicherem oder ungeklärtem Aufenthaltsstatus auch heute noch in einer prekären Lage. Im Kanton Zürich leben etwa 5600 vorläufig aufgenommene AusländerInnen. Zwar wurde festgestellt, dass sie beispielsweise wegen Krieg und Verfolgung nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können. Doch eine Anerkennung als Geflüchtete bleibt ihnen verwehrt. Ihr Status beschreibt sie als «vorläufig Aufgenommene», obwohl sie oftmals viele Jahre in der Schweiz leben und eine Rückkehr auch in den kommenden Jahren unzumutbar sein wird. Die Wohnungs- und Arbeitssuche ist mit so einem Status nahezu aussichtslos. Nicht einmal ein Natel-Vertrag kann mit einem F im Ausweis abgeschlossen werden. Kein Wunder sind viele «vorläufig Aufgenommene» auch nach Jahren auf Sozialhilfe angewiesen. Im September 2017 hat das Zürcher Stimmvolk entschieden, ihnen in Zukunft auch diese nicht mehr zu zahlen. So soll bei

Bedarf nur noch Asylfürsorge geleistet werden. Diese Politik treibt Menschen in die Not!

Mit dem Lauf gegen Rassismus unterstützen wir Organisationen, die sich unabhängig vom Aufenthaltsstatus um die Rechtsberatung sowie um die soziale und berufliche Integration von MigrantInnen kümmern. Die Einnahmen kommen den vorgestellten Förderprojekten zugute: Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich SPAZ, Autonome Schule Zürich ASZ, SAH Zürich MirSAH, Freiplatzaktion Zürich.

Interessiert am Laufen? Die Anmeldung läuft direkt über [www.laufgegenrassismus.ch](http://www.laufgegenrassismus.ch). Das VPOD-Frauenforum stellt auch dieses Jahr eine Läuferinnengruppe. Alle Frauen sind herzlich eingeladen, in dieser Gruppe mitzulaufen.

Interessiert am Sponsern? Ist laufen nicht so dein Ding, doch du möchtest trotzdem ein Zeichen setzen? Die Gruppe der VPOD-Frauen sucht noch SponsorInnen! Wir danken dir schon im Voraus für dein Engagement!

Anmeldung als Läuferin oder Sponsorin der VPOD-Frauengruppe: [martina.fluehmann@vpod-zh.ch](mailto:martina.fluehmann@vpod-zh.ch)

## Let's trÖtz!

Eine Psychologin und Aktivistin spricht über Arbeitsbedingungen und Gesundheit des Kita-Personals. Alle, die Interesse daran haben, sich für unseren Beruf stark zu machen, sind eingeladen, gemeinsam Grosses zu bewirken! Wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen, spannende Diskussionen und nächste Ziele!

Samstag, 8. September 2018, ab 16 Uhr Apéro, Grill und Barbetrieb. Band: Scharlachmaria, Poetry Slang, Austausch. Open End  
Ort: OJA Kreis 6, Langmauerstrasse 7, 8006 Zürich

Anreise mit öV: von Zürich HB ab Central Tram 7 oder 15 bis Röslistrasse



Trötzphase ist eine FaBe-Gruppe (Fachangestellte Kinderbetreuung), die sich wehrt: gegen die prekären Zustände im Arbeitsalltag in den Kitas und Horten, gegen tiefe Löhne, chronische Unterfinanzierung und Sozialabbau. Wir wollen gehört und gesellschaftlich sichtbar werden. Wir solidarisieren und organisieren. Wir diskutieren, bieten Rechtsberatung und vernetzen.

Mehr Infos: [Trotzphase.ch](http://Trotzphase.ch) / Facebook: [Trötzphase](https://www.facebook.com/Trötzphase)

Gruppe Sozialbereich – Totalrevision Sozialhilfegesetz

## Engagiert im Sozialbereich!

Willst du dich für deine beruflichen Anliegen und für die Gewerkschaft engagieren? Willst du in einem aufgestellten Team hinter die Kulissen sehen und selbst Fäden ziehen? Die grösste VPOD-Gruppe sucht DICH für den neuen Vorstand!

Im Vorstand Gruppe Sozialbereich erfährst du immer das Neueste. Wir organisieren Veranstaltungen und diskutieren die brennenden Themen. Es ist auch möglich, punktuell und befristet deinen Einsatz und dein Engagement einzubringen – so setzen wir uns bis zum Jahresende mit der Vernehmlassung zur Totalrevision

des Sozialhilfegesetzes auseinander. Weitere Themen definieren wir gemeinsam im Rahmen der offenen Vorstandssitzung – dafür brauchen wir initiative und engagierte Köpfe.

Einladung zur offenen Vorstandssitzung  
Willkommen sind interessierte Mitglieder aller Sektionen aus dem Sozialbereich  
Dienstag, 25. September 2018, 19 Uhr  
beim VPOD Zürich, 4. Stock, Birmensdorferstrasse 67, 8003 Zürich

Weitere Informationen bei [martina.fluehmann@vpod-zh.ch](mailto:martina.fluehmann@vpod-zh.ch)

100 Jahre VPOD Sektion Zürich Kanton

## Jetzt anmelden!

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Am 19. Oktober feiert die VPOD Sektion Zürich Kanton den 100. Geburtstag mit einem grossen Anlass. Alle Mitglieder der Sektion sind herzlichst dazu eingeladen.

Freitag, 19. Oktober 2018, ab 17 Uhr

Wirtschaft Theater am Neumarkt, Neumarkt 5, 8001 Zürich

Programm

- ab 17 Uhr: Apéro im Garten mit Marroni – Geschichte(n) zum Neumarkt und den Gewerkschaften (mit Nicola Behrens, Stadtarchiv Zürich)
- 18 Uhr: Begrüssung durch Michèle Dünki-Bätting, Präsidentin VPOD Zürich Kanton. Grussbotschaften von VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber, Regierungsrätin Jacqueline Fehr (per Video), alt Regierungsrat Markus Notter
- «Zukunft mit Geschichte(n)» – Buchvernissage
- 19 Uhr: Apéro und Verpflegung
- ab 20 Uhr:
  - Musik und Tanz mit der Band **Ignition**
  - Infopoint VPOD mit Erzählungen, Filmsequenzen, Videopräsentation

Anmelden mit nebenstehendem Talon oder per Mail an [roland.brunner@vpod-zh.ch](mailto:roland.brunner@vpod-zh.ch)



## Anmeldetalon

- Ich melde mich an für den Jubiläumsanlass 100 Jahre VPOD Zürich Kanton.
- Ich nehme nicht am Jubiläumsanlass teil, bestelle aber die Jubiläums-Publikation (für Mitglieder gratis).

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Ich melde folgende Begleitperson(en)/Gäste an:\*

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

\* Der Eintritt inkl. Apéro ist für Mitglieder der VPOD Sektion Zürich Kanton gratis. Begleitpersonen und andere Gäste bezahlen einen Unkostenbeitrag von 20 Franken.

Talon an VPOD Zürich Kanton, Postfach 8180, 8036 Zürich

#enough18

Auf zur Demo

Samstag, 22. September 2018  
13.30 Schützenmatte

Für Lohngleichheit.  
Gegen Diskriminierung.



Auf zur Demo nach Bern

Gratistransporte mit Extrazügen ab Rorschach/ Zürich, Basel und Genf. Bustransporte aus anderen Regionen. Die genauen Abfahrtszeiten und Informationen stehen auf der VPOD-Website. [www.vpod.ch/frauen](http://www.vpod.ch/frauen) | #enough18

